

Weltchronik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot**

Band (Jahr): **223 (1950)**

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weltchronik

(Vom 1. Juli 1948 bis 30. Juni 1949)

Was der Chronist vor Jahresfrist einleitend allgemein über den Stand der politischen Entwicklung in der Welt zu berichten hatte, das gilt im wesentlichen auch heute noch — so wenig hat sich das Bild im Verlauf des Berichtsjahres verändert. Der „kalte Krieg“ dauert fort, wenn er auch im Augenblick etwas nachgelassen hat; dem wahren Frieden ist man kaum wesentlich näher gekommen, obwohl an Verhandlungen und Konferenzen, die sich damit zu befassen hatten, kein Mangel herrschte; die Gegensätze zwischen den großen weltpolitischen Gegenspielern, den Amerikanern und den Russen, sind nicht geringer, und damit ist auch der „Graben“, der durch die Welt und mitten durch Europa geht, nicht kleiner geworden. Neu ist vielleicht, daß man sich langsam mit dieser Situation abzufinden beginnt, daß die Zweiteilung der weltpolitischen Bühne als eine Tatsache hingenommen wird, die ohne einen neuen Weltkrieg, den keiner will, eben vorläufig nicht zu ändern ist. Man beginnt sich daran zu gewöhnen, daß die Welt aus zwei Lagern besteht, und hüben und drüben ist man daran, sich dementsprechend einzurichten, ohne sich noch ernsthaft um einen Ausgleich zu bemühen, den man vorläufig für aussichtslos betrachtet.

Selbstverständlich geht dieses Sich-Einrichten nicht ohne Reibungen vor sich, denn man hat es ja mit der Abgrenzung machtpolitischer Interessen und Ansprüche zu tun. Und ebenso selbstverständlich ist es, daß die Reibungen dort am stärksten und gefährlichsten sind, wo die Einflußsphären der beiden Machtblöcke aufeinanderstoßen, also vor allem in Europa und im Fernen Osten. Es ist somit nicht Zufall, wenn auch im diesjährigen Bericht wieder das im Vordergrund steht, was sich in jenen Zonen und in andern „Randgebieten“ ereignet hat.

Aber auch die Ereignisse hinter den „Fronten“ standen zum Teil in direktem oder indirektem Zusammenhang mit der großen Auseinandersetzung zwischen West und Ost, bei der es sich um mehr als um einen Machtkampf alter Ordnung handelt. Es stehen nicht mehr bloß machtpol-

politische Rivalitäten im Spiel, wie sie früher etwa zwischen Frankreich und Deutschland um das Elsaß oder zwischen europäischen Mächten um wertvolle Wirtschaftsgebiete oder um Kolonien ausgetragen worden sind. Heute treten außerdem zwei Weltanschauungen, zwei politische Ideologien einander gegenüber, ähnlich wie unmittelbar vor und während des zweiten Weltkrieges, in dem die „großen Demokratien“ gegen die Diktaturen Hitlers und Mussolinis siegreich geblieben sind. Jetzt stehen auf der einen Seite die Länder, deren Völker sich mehrheitlich zur freiheitlichen Demokratie und zur westlichen Kultur bekennen, auf der andern jene Staaten, die die „Diktatur des Proletariates“ oder, wie man heute sagt, die „Volksrepublik“ auf ihre Fahne geschrieben haben und, wie es in der Verfassung der Sowjetunion heißt, den „Zusammenschluß der Werktätigen aller Länder zur Sozialistischen Welt-sowjetrepublik“ erstreben. Zur machtpolitischen Auseinandersetzung ist der Kampf der politischen Ideen hinzugetreten, für den Grenzpfähle keine Schranken darstellen und der deshalb auch weit hinter den „Fronten“ ausgetragen wird. Er ist heute noch in vollem Gange und sein Ende ist vorläufig noch nicht abzusehen.

*

Mit welcher Zähigkeit und mit welchen Mitteln dieser zweifache Kampf, der machtpolitische und der ideologische, geführt wird, das ist der Welt während des ganzen Berichtsjahres an einer Stelle der „Front“ in Europa auf engstem Raum vordemonstriert worden: in Berlin.

Der mit der Einführung der Währungsreform ausgebrochene „kalte Krieg“ um die ehemalige Reichshauptstadt, die weit innerhalb der sowjetrussischen Besetzungszone liegt, aber von allen vier Großmächten besetzt ist, verschärfte sich von Monat zu Monat. Da es den Russen nicht gelang, die Westmächte durch die Wirtschaftsblockade aus diesem vorgeschobenen Posten zu verdrängen, griffen sie zu politischen Mitteln. Durch die Ernennung eigener Behörden für den Ostsektor sprengten sie Berlin auch verwaltungstechnisch in zwei Lager. Aber alle diese Maßnahmen mit ihren täglichen Schikanen scheiterten am mehrfach bekanntgegebenen Entschluß des Westens, sich nur durch Krieg vertreiben zu lassen.

Ein Hauptverdienst daran, daß sich die Alliierten zu halten vermochten, kommt der „Luftbrücke“ zu, dem von den Amerikanern gemeinsam mit den Engländern und Franzosen organisierten Flugdienst, der laufend verstärkt wurde und um die Jahreswende pro Tag durchschnittlich 3500 bis 4000 Tonnen Lebensmittel, Kohlen und Waren aus Westdeutschland nach Berlin beförderte, was einer Tagesleistung von 12 bis 14 Güterzügen zu je 30 Wagen entsprach. Später wurden an einzelnen Tagen sogar Transportmengen von mehr als 10 000 Tonnen erreicht.

Der Chronist hatte Gelegenheit, das Funktionieren und die Organisation dieser „Luftbrücke“ aus der Nähe kennenzulernen. Ein imponierendes Schauspiel! Flugzeuge der verschiedensten Typen und Größen wurden dabei verwendet, stiegen in Westdeutschland befrachtet auf, überqueren die Sowjetzone und landeten auf den drei den Westmächten bei Berlin zur Verfügung stehenden Flugplätzen. Auf jedem dieser Flug-

plätze traf durchschnittlich alle drei bis fünf Minuten eine Maschine ein, wurde von bereitstehenden deutschen Arbeitern ausgeladen und startete nach kurzem Aufenthalt zum Rückflug. Bei Tag und Nacht wurde dieser Flugverkehr nun während rund eines Jahres fast pausenlos aufrechterhalten, denn nur Sturmwetter erzwang gelegentlich vorübergehende Unterbrüche, während die von den Russen wiederholt zur Störung inszenierten Flugmanöver wirkungslos blieben.

Auf diese Weise gelang es den westlichen Alliierten, das blockierte Berlin mit seiner Millionenbevölkerung wenigstens mit dem Allernotwendigsten zu versorgen. Für die Berliner, die zwischen den Ruinen des Krieges und zu einem großen Teil in Kellern zu hausen gezwungen sind, war das allerdings eine harte Zeit. Auf Heizung und elektrisches Licht mußten sie auch im Winter nahezu ganz verzichten, da die über die „Luftbrücke“ herangeschaffte Kohle nicht einmal die Bedürfnisse der Berliner Industrie zu decken vermochte. Trotzdem zeigte sich die Bevölkerung für kommunistische Versprechungen unzugänglich, und als anfangs Dezember in den westlichen Sektoren der Stadt Gemeindevahlen durchgeführt wurden und die Kommunisten „Nichtbeteiligung an der Wahl!“ als Parole ausgaben, gingen die Stimmberechtigten zu 86 Prozent doch an die Urnen, um für die anti-kommunistischen Parteien zu stimmen.

Verhandlungen zur Beilegung dieses „kalten Krieges“ um Berlin, die

sowohl zwischen den vier Großmächten wie im größeren Rahmen des Sicherheitsrates der UNO geführt wurden, blieben erfolglos. Dagegen scheint die „Gegenblockade“ der Westmächte, das heißt die Einstellung der Lieferung von Industrieprodukten und Rohmaterialien aus dem Westen nach der Sowjetzone Deutschlands, den Weg zu einer Wendung vorbereitet zu haben. Da sich diese Gegenblockade auf die wirtschaftliche Entwicklung des Ostens äußerst hemmend auswirkte, ver-



Ernst Robs

Bundespräsident für das Jahr 1949

Photopreß-Bilderdienst Zürich

langten die dortigen Kommunisten im Verlauf des Frühlings immer lauter ihre Aufhebung, wozu die Westmächte natürlich nur unter der Bedingung, daß auch die Blockade Berlins ein Ende nehme, bereit waren. Anfangs Mai erfuhr dann die Welt, daß in dieser Frage zwischen den vier Großmächten eine Einigung erzielt worden sei, die im Juni an der Konferenz der vier Außenminister in Paris bestätigt wurde. Das Berliner Problem allerdings ist damit nicht gelöst worden; man steht am Ende des Berichtsjahres vielmehr wieder etwa dort, wo man vor Beginn der russischen Verkehrsperre gestanden war! Auch in dieser Hinsicht ist der „Fall Berlin“ für die gesamte weltpolitische Lage charakteristisch.

*

Die Aussichtslosigkeit, mit der Sowjetunion zu einer Einigung über Berlin und die Deutschland-Frage zu gelangen, war einmal mehr deutlich geworden, als eine neue Fühlungnahme mit den Russen, zu der Washington, London und Paris Ende Juli Sonderbotschafter nach Moskau entsandt hatten, in der zweiten Hälfte September erfolglos abgebrochen werden mußte. Ohne Rücksicht auf Moskau verfolgte der Westen fortan seine Pläne zum Wiederaufbau Europas weiter.

Hier sei zunächst der Ausbau der Westunion erwähnt, zu der sich England, Frankreich und die Benelux-Länder Belgien, Holland und Luxemburg im März 1948 mit dem Abschluß des Brüsseler Paktess zusammengeschlossen hatten. Ende September wurde nun eine besondere Kommission für gemeinsame Verteidigungsfragen gebildet, an deren Spitze Feldmarschall Montgomery, der erfolgreiche britische Heerführer des zweiten Weltkrieges, trat. Einige Tage später wurden auch die Oberbefehlshaber der „Streitkräfte Westeuropas“ ernannt: für die Landarmeen der französische General de Lattre de Tassigny, für die Luftflotte der britische Marschall Sir James Lobb und für die Marine der holländische Vizeadmiral Robert Janjard. Damit war die oberste militärische Leitung geschaffen, die „im Falle eines Angriffs in Europa“, wie es im Brüsseler Pakt heißt, die Leitung der Operationen zu übernehmen haben würde.

Auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit des Westens hat Fortschritte gemacht. Der

Kreis der beteiligten Staaten ist hier wesentlich größer, da er vornehmlich die dem Marshall-Plan angeschlossenen Länder umfaßt. Wiederholt sind die Vertreter dieser Länder zu Konferenzen in kleinerem oder größerem Rahmen zusammengetreten, um die positiven Auswirkungen der Marshallplan-Kredite, die sich überall deutlich zeigen, zu überprüfen und weitere Maßnahmen zu besprechen. Mitte Februar beschloß eine solche Konferenz der 19 Marshallplan-Länder, unter denen auch die Schweiz durch Bundesrat Petitpierre vertreten war, einen Konsultativrat von acht Mitgliedern einzusetzen, wobei neben England, Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Schweden und der Türkei auch der Schweiz ein Sitz angeboten wurde. Im Hinblick auf die besondere Stellung, die die Schweiz mit Rücksicht auf ihre Neutralitätspolitik auch innerhalb des Marshall-Plans einnimmt, lehnte der Bundesrat jedoch die Einladung ab. Ins Kapitel „Wirtschaftliche Zusammenarbeit“ gehören ferner die Unterzeichnung einer französisch-italienischen Zollunion im März und die Bemühungen zur Erweiterung der Zollunion der Benelux-Staaten zu einer Wirtschaftsunion, der jedoch noch erhebliche Schwierigkeiten im Wege stehen.

Was die politische Einigung Europas betrifft, so haben der zweite Kongreß der „Union europäischer Parlamentarier“, der im September in Anwesenheit auch deutscher Vertreter in Interlaken stattfand, sowie andere verwandte Organisationen zur Popularisierung der Einigungsidee wesentlich beigetragen. Andererseits haben die Außenminister der fünf Staaten der West-Union die drei skandinavischen Länder Dänemark, Schweden und Norwegen, ferner Italien und Irland zu einer Konferenz Ende März nach London eingeladen, wo diese „Konferenz der Zehn“ die Bildung eines „Europa-Rates“ mit Sitz in Straßburg beschloß und anfangs Mai ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet hat.

Naturgemäß stand überall da, wo man sich mit der Organisation Europas befaßte, auch das Problem Deutschland zur Diskussion. Wann und in welcher Form konnte Deutschland in die Neuordnung einbezogen werden? Da mit Moskau eine Einigung nicht zu erzielen war, suchen die Westmächte nun die Frage für den deutschen

Westen selbständig zu lösen. Wirtschaftlich ist dort seit der Durchführung der Währungsreform vor Jahresfrist eine bedeutende Besserung der Lage festzustellen; die Produktion ist stark gestiegen und der Warenmangel im wesentlichen behoben. Die großen „Kriegsverbrecher“-Prozesse in Nürnberg sind im Verlauf des Berichtsjahres mit dem Verfahren gegen deutsche Feldmarschälle und Generäle, gegen die Diplomaten des ehemaligen Reichsaußenministeriums, gegen die Direktoren der I. G.-Farben und andere Wirtschaftsführer zum Abschluß gelangt. Über die künftige Kontrolle der deutschen Schwerindustrie des Ruhrgebiets hat das Ende Dezember von den westlichen Siegermächten erlassene „Ruhrstatut“ Klarheit geschaffen, und im März sind auch einige Grenzkorrekturen, die ungefähr 150 km² Land und 12 000 Einwohner betreffen, zugunsten Belgiens und Hollands bereinigt worden. Fanden alle diese Maßnahmen natürlich auch nicht die Zustimmung der Deutschen, die mit Kundgebungen und Streiks besonders auch die Fortsetzung der Demontage-Politik, das heißt des nach der Kapitulation von den Siegern verfügten Abbruchs und Abtransports von Fabriken, zu bekämpfen suchten, so nähert man sich damit doch allmählich dem Zeitpunkt, in dem einmal der Strich unter die Hauptabrechnung des vom „Dritten Reich“ entfesselten Krieges gezogen werden kann.

Damit wird der Weg zum Wiederaufbau und zur Eingliederung Deutschlands in die europäische Staatenfamilie langsam frei. Ein Anfang ist bereits gemacht, indem die am 1. September auf Wunsch der westlichen Besetzungsmächte in Bonn zusammengetretene verfassungsgebende Versammlung, zu der sämtliche Länder des deutschen Westens Vertreter abordneten, am 8. Mai endlich eine Verfassung angenommen hat. Danach wird Deutschland eine föderalistische Republik mit einem auf fünf Jahre gewählten Präsidenten, einer Bundesregierung und einem Parlament, das aus zwei Kammern, dem Bundestag (Nationalrat) und dem Bundesrat (Ständerat), besteht. Als Bundeshauptstadt hat die Versammlung mit nur schwachem Mehr Bonn bestimmt. Die Ausarbeitung des ganzen Verfassungswerks verlief nicht ohne Schwierigkeiten, und es läge wohl heute kaum schon vor, wenn

nicht die Alliierten, denen es vor allem um die Klärung des deutschen Problems im Hinblick auf die Organisation Europas geht, wiederholt auf Beschleunigung gedrängt hätten.

Die Politik der Westmächte galt jedoch nicht nur der Festigung ihrer „Front“ in Europa selber, sondern erstrebte auch deren Verbreiterung und Stärkung über Europa hinaus. Dem europäischen Westen ging es vor allem darum, seine militärisch schwache Position durch amerikanische Garantien zu verstärken, während andererseits die Amerikaner daran interessiert sind, daß die von ihnen in die europäische Wirtschaft gepumpten Marshall-Milliarden nicht eines Tages dem weltpolitischen Rivalen zugute kommen. Darum bemühten sich beide Seiten um eine Erweiterung der West-Union zu einer Atlantik-Union, und im Oktober waren die Verhandlungen bereits so weit gediehen, daß die fünf Brüsseler Mächte sich über die Grundlinien eines solchen Defensivabkommens geeinigt hatten.

Für kurze Zeit trat dann das Problem wieder etwas in den Hintergrund, da in den Vereinigten Staaten die auf den 2. November angesetzten Präsidentenwahlen das Interesse auf sich zogen. Allgemein wurde angenommen, daß Präsident Truman das Feld dem republikanischen Kandidaten Thomas Dewey werde räumen müssen. Aber es kam anders: zur Überraschung der ganzen Welt wurde der Demokrat Truman mit 24 Millionen Stimmen wiedergewählt, während Dewey nur 22 Millionen erhielt; zugleich eroberten die Demokraten auch in beiden Häusern des Parlaments wieder die Mehrheit zurück. In der obersten Leitung der amerikanischen Politik trat somit keine Änderung ein. Jedoch wechselte anfangs Januar die Führung des Außenministeriums, indem General Marshall als Staatssekretär zurücktrat und Dean Acheson an seine Stelle rückte.

Acheson setzte den von seinem Vorgänger eingeschlagenen Kurs energisch fort, die Verhandlungen um die Atlantik-Union machten rasche Fortschritte, wobei weitere europäische Staaten einbezogen wurden, und Mitte März gelangte der Inhalt zur Veröffentlichung, worauf am 4. April in Washington die Unterzeichnung des Atlantik-Pakts erfolgte. Unterzeichner

waren: Belgien, Kanada, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Luxemburg, Holland, Norwegen, Portugal und die Vereinigten Staaten. Der Pakt ist eine Militärallianz, durch die sich die Teilnehmer nicht nur bei einem Angriff auf ihr Gebiet zu gegenseitiger Hilfe verpflichten, sondern ausdrücklich auch dann, wenn ihre Besatzungstruppen in Deutschland, ihre dort eingesetzten Flugzeuge oder die in westeuropäischen Gewässern stationierten Kriegsschiffe angegriffen werden sollten. Die außerordentliche historische Bedeutung des Paktes liegt darin, daß sich die Vereinigten Staaten nun zum erstenmal in ihrer Geschichte mit europäischen Staaten verbündet haben, ohne in einen Krieg verwickelt zu sein.

*

War das Kennzeichen der diplomatischen Aktionen der Westmächte die politische Offensive, so erschien dagegen die Politik der Sowjetunion als vorwiegend defensiv, wenigstens soweit sie sich auf Europa erstreckte. Erfolge, wie sie Moskau noch im Vorjahr mit der Errichtung von „Volksdemokratien“ in Rumänien und der Tschechoslowakei beschieden gewesen waren, blieben ihm diesmal versagt. Dem Atlantik-Pakt hatte der Ostblock nichts Gleichwertiges gegenüberzustellen. Hier liegen die Allianzen ja bereits derart dicht, daß der Abschluß eines ungarisch-bulgarischen Paktes im März nicht mehr ins Gewicht fiel. Wie wenig wetterfest übrigens diese Allianzen sind, zeigt der Konflikt mit Tito. Bisher ist es der Moskauer Politik jedenfalls nicht gelungen, das von der „Kominform“ ausgeschlossene Jugoslawien gefügig zu machen; Tito hält sein eigenes kommunistisches Regime aufrecht, und seine Position scheint heute stärker zu sein als vor einem Jahr.

Die Befürchtung, daß sein Beispiel Schule machen könnte, mag auch der Grund dafür sein, daß die „Säuberungen“ in den andern „Volksdemokratien“ kein Ende nehmen wollen. Gestern noch gefeierte höchste Funktionäre sind ihr bereits zum Opfer gefallen: vom griechischen Rebellen-general Marcos, der aus „Gesundheitsrücksichten“ ersetzt wurde, bis zum bulgarischen Ministerpräsidenten Dimitroff, der sich plötzlich nach Rußland in „Spitalpflege“ begeben mußte.

Anderere wurden offen der Sabotage, Spionage und des Verrats angeklagt. Mit besonderer Schärfe ist man gegen die Kirchen vorgegangen, wo sie sich dem Kommunismus nicht willenlos fügten. In Ungarn wurde gegen Kardinal Mindszenty ebenso ein Schauprozeß aufgezogen wie in Bulgarien gegen eine Reihe protestantischer Pfarrer, denen man verbotenen Nachrichtendienst vorgeworfen hatte. In der Tschechoslowakei ist der Kirchenkampf am Ende des Berichtsjahres noch in vollem Gange.

Dem Marshall-Plan hat Moskau im Januar einen Rat für Wirtschaftshilfe der Ostblockstaaten entgegengestellt, um den es aber seither stillgeblieben ist. Die Verhandlungen über den Atlantik-Pakt hat es mit zahlreichen Protestaktionen zu stören versucht. Norwegen sollte mit Drohungen und schließlich mit dem Angebot eines Nichtangriffspaktes vom Beitritt abgehalten werden; von der kommunistischen Propaganda wurde der Pakt als Instrument des „westlichen Imperialismus“ bekämpft, dem auf sogenannten „Friedenskongressen“, die in New York und Paris abgehalten wurden, hauptsächlich von Intellektuellen besucht waren, aber deutlich unter kommunistischem Einfluß standen, der „Friedenswille der Sowjetunion“ gegenübergestellt wurde. Und als im Februar der französische Kommunistenführer Thorez erklärt hatte, Frankreichs Arbeiter würden die Sowjetarmee, wenn sie „im Kampf gegen die Angreifer“ französischen Boden betreten würde, ebenso empfangen, wie sie von den Arbeitern Polens, Rumäniens und Jugoslawiens empfangen worden sei, gaben wie auf einen Wink fast alle Spitzen der westlichen kommunistischen Parteien entsprechende Erklärungen ab. Streiks in Frankreich, England, Italien und anderwärts gehörten mit zu den kommunistischen Störungsaktionen.

Trotz dieser Propaganda hat jedoch der kommunistische Einfluß abgenommen. Das zeigte sich überall, wo Wahlen stattfanden. Sowohl bei den Parlamentswahlen in Holland im Juli und in Schweden im September, wie in Frankreich bei den Wahlen für den Rat der Republik im November und den Gemeindevahlen im März, besonders aber bei den Parlamentswahlen in Belgien Ende Juni mußten die

Kommunisten zum Teil schwere Stimmenverluste buchen. Das gleiche gilt sogar für die Parlamentswahlen in Finnland im Juli, und als Mitte Mai in der Sowjetzone Deutschlands für den von den Kommunisten geschaffenen „Volkskongreß“ gewählt wurde, hatte die vorgelegte Einheitsliste überraschenderweise 34 Prozent der gültigen Stimmen gegen sich! Einzig im „volksdemokratischen“ Ungarn hatten „Wahlen“ im Mai das von den Kommunisten gewünschte Ergebnis.

Die sich mehrenden politischen Mißerfolge, besonders aber die wirkungslosen Manöver gegen den Atlantik-Pakt und die Tatsache, daß die Blockade Berlins sich zum Nachteil der Ostzone und der osteuropäischen Wirtschaft auszuwirken begann, dürften wesentlich mit dazu beigetragen haben, daß der Kreml im Frühling eine Neubesezung des Außenmini-

steriums vornahm. Am 5. März kam die überraschende Nachricht, daß Molotow, der seit zehn Jahren Außenminister war und 1939 den Pakt mit Hitler abgeschlossen hatte, durch seinen Stellvertreter Wjtschinski ersetzt worden sei. Gleichzeitig wurde auch ein neuer Außenhandelsminister ernannt, und in den folgenden Wochen gab es noch zahlreiche andere Änderungen; so wurden beispielsweise der Armeeminister, Marschall Bulganin, und der Oberkommandierende der Besetzungstruppen in Deutschland, Marschall Sokolowski, ersetzt. Es war also ein richtiger „Erd-

rutsch“, über dessen Bedeutung die verschiedensten Vermutungen umgingen, weil Molotow und andere „Abberufene“ nicht einfach aus der Politik zurückgezogen, sondern zum Teil sogar befördert wurden.

Wohl im Zusammenhang mit diesem Umbau der Sowjetregierung kam es dann in der zweiten Hälfte April zu einer diplomatischen Fühlungnahme Moskaus mit Washington, die am 4. Mai zu einem in New York unterzeichneten Abkommen führte, das einerseits die Aufhebung der Blockaden um Berlin, andererseits eine Konferenz der vier Außenminister Amerikas, Englands, Frankreichs und Rußlands zur erneuten Behandlung der Deutschland-Fragen ankündigte. Diese Konferenz — die erste seit dem erfolglosen Abbruch der Londoner Außenministerkonferenz vom



Besuch des indischen Generalstabschefs Kalwan Singh im Bundeshaus

Photo Walter Rydegger, Bern

Dezember 1947 — fand vom 23. Mai bis 20. Juni in Paris statt. Über Deutschland konnte jedoch, abgesehen von der Berliner Blockadefrage, auch jetzt wieder keine Einigung erzielt werden; lediglich neue Verhandlungen über Maßnahmen zur „Milderung der Auswirkungen der gegenwärtigen administrativen Teilung Deutschlands und Berlins“ wurden in Aussicht gestellt. Dagegen verständigte man sich kurz vor Konferenzschluß unerwarteterweise über die Richtlinien für den österreichischen Staatsvertrag und legte fest, daß „die Grenzen Österreichs vom 1. Januar 1938 beibehalten werden, daß von Österreich keine Reparationen gefordert werden, daß die Sowjetunion von Österreich 150 Millionen Dollar erhalten soll“; ferner wurde die heikle Frage der sogenannten „deutschen Guthaben“ im wesentlichen geklärt. Das politisch und für Österreich Wichtigste war der Entscheid über die Grenzfrage. Bisher hatte Jugoslawien, wie schon nach dem ersten Weltkrieg, Ansprüche auf Südkärnten erhoben und war darin einzig von der Sowjetunion hartnäckig unterstützt worden. Jetzt aber ließ Moskau die Belgrader Forderungen plötzlich fallen, und durch diesen russischen Rückzug war die Frage zugunsten Österreichs entschieden. Für Jugoslawien wog diese Niederlage um so schwerer, als kurz vorher die Wahlen in Triest gegen die Tito-Kommunisten ausgefallen waren und den für die Rückkehr zu Italien eintretenden Parteien die überwiegende Mehrheit gebracht hatten. So hat der Kommunismus auch in diesem „Frontabschnitt“ eindeutige Schlappen erlitten.

Anders jedoch erscheint seine Position, wenn man nach dem Fernen Osten blickt. In China haben die Armeen des kommunistischen Generals Mao Tse-tung, die sich „Volksbefreiungstruppen“ nennen, im Herbst eine große Offensive in der Mandschurei begonnen, die erfolgreich verlief. Bereits Ende Oktober fiel die mandschurische Hauptstadt Mukden in kommunistische Hand. Gleichzeitig erlitten die Truppen der nationalen Regierung in Nanking auch in Nordchina schwere Niederlagen. Friedensverhandlungen, die Marschall Tschiang Kai-schek durch seinen Rücktritt als Präsident National-Chinas zu erleichtern suchte, erbrachten nur eine Atempause. Nach Neujahr kapitulierte die alte Kaiserstadt Peking, und in der

zweiten Hälfte April zogen die Kommunisten in Nanking, einige Wochen später in Schanghai ein. Rund die Hälfte von ganz China befand sich damit in ihrer Hand; nur im Süden vermochten sich die Nationalen noch zu halten. Diese kommunistischen Erfolge wären nicht möglich gewesen, wenn nicht Mißwirtschaft und Korruption im nationalen Lager um sich gegriffen, zu einer unbeschreiblichen Verarmung der Massen geführt und damit den Widerstandswillen gelähmt hätten. Regierungskrisen folgten sich, ganze Armeen mit ihren Generälen liefen zu den Kommunisten über, und am Ende des Berichtsjahres erscheint es fraglich, ob das sogenannte nationale China nicht völlig niedergewalzt werden wird.

Es ist möglich, daß, wie behauptet wird, die Bindung zwischen den chinesischen Kommunisten und Moskau nicht sehr eng ist, daß Mao Tse-tung, ähnlich wie Tito, eine gewisse Unabhängigkeit zu bewahren bestrebt ist. Aber wenn der chinesische Kommunismus weiter nach Süden vorstoßen sollte, so genügt ein Blick auf die Weltkarte, um zu erkennen, welchen Machtzuwachs dies dem roten Lager bringen und welche Gefahr das für die Interessen des Westens im Fernen Osten bedeuten würde. Auf das von den Amerikanern besetzte Japan haben die kommunistischen Erfolge bereits abgefärbt; die Engländer haben sich zur Verstärkung ihres Flottenstützpunktes Hongkong genötigt gesehen; Frankreich sorgt sich um seine Besitzungen in Indochina und hat sich deshalb um ihren Zusammenschluß zu einem relativ selbständigen Reich im Rahmen der „Französischen Union“ bemüht; Holland kämpft immer noch schwer um die Durchsetzung seiner Autorität in Indonesien. Bisher haben die chinesischen Kommunisten den Westmächten, die mit ihnen die Verbindung aufzunehmen suchten, die kalte Schulter gezeigt. Kurz: der Ferne Osten ist ein politisch aufgewühltes Gebiet, und niemand weiß, ob nicht morgen schon der rote Funke weiterspringt.

*

Daß dort, wo West und Ost sich gleichsam von Amtes wegen, nämlich als Mitglieder der Vereinten Nationen, an den Verhandlungstisch setzen mußten, eine wirkliche Zusammenarbeit nur gelegentlich möglich war, ist nicht verwunder-

lich. Trotzdem ist die UNO, zu deren definitiven Gebäuden in New York im September der Grundstein gelegt wurde, als einzige über den Parteien stehende Organisation unentbehrlich. In verschiedenen Konflikte haben ihre Organe vermittelnd eingegriffen. Die Generalversammlung, die im Herbst in Paris und im Frühling in New York tagte, hat eine ausführliche Erklärung der Menschenrechte erlassen und überdies „Genocid“ — zusammengesetzt aus den lateinischen Wörtern *genus* = Volksstamm und *occidio* = Niedermezelung — das heißt also die Vernichtung und kulturelle Ausrottung ganzer Völker, wie sie die Nazis den Juden und anderen kleinern Völkern zugebracht hatten, als Verbrechen gegen die Menschheit erklärt. Damit sind wichtige moralische Grundsätze, ohne die ein friedliches Zusammenleben der Völker nicht möglich ist, über die sich die Politik aber leider allzuoft hinwegsetzt, der Welt erneut in Erinnerung gerufen worden.

Neu in die UNO aufgenommen wurde der Staat Israel, der seit seiner Gründung von den meisten Ländern, darunter auch von der Schweiz, anerkannt worden ist. Seine arabischen Nachbarn setzten zwar ihre militärischen Aktionen gegen ihn fort, waren aber in ihren Zielen uneins und erlitten auch wiederholt Niederlagen, worauf es dann durch Vermittlung der UNO gelang, mit ihnen einzeln endgültige Waffenstillstandsabkommen abzuschließen. Doch forderten leider auch diese friedlichen Bemühungen ihr Opfer: Graf Folke Bernadotte, der UNO-Vermittler, wurde im September von einem jüdischen Nationalisten erschossen.

Die politische Weltkarte hat ferner dadurch eine Änderung erfahren, daß sich Eire (Irland) als selbständige Republik proklamiert und damit vom Britischen Reich vollständig gelöst hat. Auch die Indische Union hat sich als Republik erklärt und schied aus dem britischen Reichsverband, dessen einigende Spitze der englische König ist, auscheiden zu wollen. Verhandlungen führten dann aber zu einer Änderung der Reichsverfassung, wonach Indien den König nicht mehr als Herrscher, sondern nur noch gleichsam als Symbol der Reichseinheit anerkennt.

Im übrigen brachte das Berichtsjahr zahlreiche Ereignisse, von denen manche die Öffent-

lichkeit zwar vorübergehend stärker beschäftigt haben als einige der bisher erwähnten, die aber auf die politische Entwicklung kaum einen bestimmenden Einfluß hatten. Der Chronist denkt da etwa an den Fenstersprung der Frau Rosenfina, einer russischen Lehrerin, die sich, weil sie in die Heimat hätte zurückgebracht werden sollen, in New York aus dem dritten Stock des Sowjetkonsulates auf die Straße stürzte und mit dem Leben davontam; oder an den Krawttschenko-Prozeß in Paris, den der frühere Sowjetfunktionär Krawttschenko gegen eine kommunistische Zeitung angestrengt hatte, die sein Buch „Ich wählte die Freiheit“ als Machwerk der anti-russischen Propaganda hinzustellen versuchte. Solche Vorkommnisse lieferten vor allem dem „kalten Krieg“ neuen Stoff. Auch einen Revolveranschlag gegen den italienischen Kommunistenführer Togliatti, bei dem dieser schwer verletzt wurde, suchten die Kommunisten, allerdings ohne großen Erfolg, politisch auszuwerten. Weniger Staub aufgewirbelt haben das Attentat gegen den Schah von Persien, einige Monate nachdem er Europa und dabei auch der Schweiz einen offiziellen Besuch abgestattet hatte, und ein Staatsstreich in Syrien, wo Oberst Huzni Zaim als Diktator die Macht ergriff. Auch die verschiedenen Putsch- und Putschversuche in Südamerika — so in Paraguan, Costa Rica, Peru, Venezuela, San Salvador — schlugen keine großen Wellen; sie gehören dortzulande ja gleichsam zum täglichen Brot. In Chile und Argentinien haben Parlamentswahlen die Position der herrschenden Parteien gestärkt. Und um zum Schluß nach Europa zurückzukehren: in Holland ist Königin Wilhelmina im September freiwillig zurückgetreten und Kronprinzessin Juliana zur Königin ausgerufen worden.

*

Für die Eidgenossenschaft verlief das Berichtsjahr ohne erregende politische Ereignisse oder allzu große Spannungen. Wichtig auf außenpolitischem Gebiet war anfangs Oktober die Annahme des Pariser Abkommens über die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (Marshall-Plan) durch die eidgenössischen Räte, worauf in Washington der schweizerische Standpunkt anerkannt wurde, daß ein spezielles zwei-

seitiges Zusatzabkommen, wie es alle andern am Marshall-Plan beteiligten Länder mit den USA. abzuschließen hatten, für die Schweiz nicht nötig sei. Mit solchen Abkommen suchten sich die Amerikaner gewisse Kontrollrechte über die Verwendung der geliehenen Marshall-Plan-Gelder zu sichern. Da jedoch die Schweiz keine Kredite forderte, sondern die ihr nach dem Plan zustehenden Lieferungen bezahlt, lehnte sie eine solche Kontrolle ab. Mit wieviel Sympathie und Interesse unser Land die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa verfolgt, geht übrigens aus der bereits erwähnten Tatsache hervor, daß an jener Pariser Tagung Mitte Februar, auf der der Achter-Rat beschlossen wurde, Bundesrat Petitpierre persönlich die Schweiz vertrat.

Große, zum Teil noch nicht überwundene Schwierigkeiten ergaben sich jedoch wiederholt in den Wirtschaftsverhandlungen besonders mit Argentinien, das vorübergehend seine Lieferungen an uns sogar einstellte, ferner mit England und Frankreich. Mit andern Ländern gelang es, neue Handelsabkommen abzuschließen, so auch mit Finnland, der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und Bulgarien, die dem Ostblock angehören.

Eine gespannte Situation entwickelte sich mit Rumänien heraus, nachdem im Juli der rumänische Wirtschaftsagent Bitianu wegen Erpressungen und Spionage in Zürich verhaftet worden war. Bukarest protestierte, bereitete in der Folge zahlreichen Schweizern, die aus Rumänien ausreisen wollten, Schwierigkeiten, und kurz bevor Bitianu im Juni in Winterthur vor Bundesstrafgericht gestellt wurde, ließ die rumänische Regierung etwa dreißig Schweizer vorübergehend verhaften, was den Bundesrat zu einem scharfen Protest veranlaßte. Der Prozeß gegen Bitianu endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu 18 Monaten Zuchthaus wegen Buchers, wirtschaftlichen Nachrichtendienstes und Bestechung.

Wiederum haben auf Schweizer Boden verschiedene international bedeutsame Tagungen stattgefunden. Hervorgehoben sei die mehrwöchige sogenannte Diplomatische Rottkreuz-Konferenz, die von Bundesrat Petitpierre präsiert wurde und an der 56 Länder vertreten waren;

ihre Aufgabe war die Revision und Erweiterung der Konventionen über den Schutz der Verwundeten, Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung. Ferner sei die israelitisch-arabische Konferenz in Lausanne erwähnt, die unter dem Patronat der UNO-Vermittlungskommission stand und als Ziel die Herbeiführung des Friedens in Palästina hatte. Ende Mai beging der Weltpostverein in Bern sein 75. Jubiläum, das mit dem 100. Jubiläum der eidgenössischen Post zusammenfiel.

Auf innenpolitischem Gebiet erbrachte die eidgenössische Volksabstimmung vom 22. Mai über das sogenannte Tuberkulosegesetz, durch das die Schirmbilduntersuchungen obligatorisch erklärt werden sollten, 613 000 Nein gegen 202 000 Ja; gleichzeitig wurde auch der Verfassungsartikel über den gesetzlichen Wert der Banknoten mit 468 000 Nein gegen 293 000 Ja abgelehnt. Die Bundesfinanzreform, auf die schon letztes Jahr hingewiesen wurde und die dringlich ist, weil die bestehende, auf dem Völkchenregime der Kriegsjahre beruhende Regelung 1950 abläuft, ist immer noch nicht gelöst, da sich zwischen Nationalrat und Ständerat scheinbar unüberwindliche Differenzen ergeben haben und selbst der Versuch, wenigstens eine provisorische Lösung zu finden, bisher auf große Schwierigkeiten gestoßen ist. Da war der Bundesbeschluß über die Weißweinaktion, den sogenannten „Rubateller“, schon leichter, wenn auch nicht reibungslos, zustande gekommen. Was im übrigen das politische Stimmungsbarometer, die Wahlen, betrifft, so hat überall, wo kantonale oder Gemeindeparlamente neu bestellt wurden, die Partei der Arbeit starke Stimmenverluste zu verzeichnen gehabt, womit sich der im Ausland festgestellte Rückgang des kommunistischen Einflusses auch auf Schweizer Boden bestätigt hat.

Endlich sei nicht vergessen, daß das Schweizer Volk auch wieder zahlreiche größere und kleinere Feste feierte. Der Chronist erwähnt jedoch nur das Eidgenössische Musikfest in St. Gallen im Juli, das Eidgenössische Jodlerfest in Bern im Juni und das Eidgenössische Schützenfest in Chur, das noch in vollem Gange war, während diese Zeilen geschrieben wurden. Ein festlicher Anlaß



Am 11. Juni 1949 fiel das bündnerische Bergdorf Selva am Oberalppaß einer Brandkatastrophe zum Opfer. Menschenleben kamen keine zu Schaden. Jedoch blieben 80 Hühner, 12 Schweine und 35 Ziegen in den Flammen.

Photopreß-Bilderdienst Zürich

war aber auch die Einweihung des Stauwerks von Rossens im Oktober, womit das Schweizerland um einen See, den Greyerzer See, bereichert und unsere Elektrizitätsversorgung etwas entlastet worden ist, was man zu schätzen weiß, wenn man hört, daß der Juni, mit dem das Berichtsjahr ausklang, der regenärmste Juni seit mindestens 85 Jahren gewesen ist.

Köpfe und Knöpfe

Menzel hatte einst einen Großindustriellen gemalt. Der veranstaltete eine Abendgesellschaft,

um seinen Freunden das Bild zu zeigen. Er wollte auch gern ihr Urteil hören. Darum hielt er das Signum auf dem Gemälde verdeckt. Niemand wußte also, wer der Künstler war. Und so ließ denn auch einer der Gäste seinen Gefühlen freien Lauf. „Ja, ja, ähnlich ist das Bild wohl, aber außerordentlich flüchtig. Sehen Sie sich doch zum Beispiel mal die Knöpfe an! Kaum angedeutet sind sie, nur so hingehauen...“ Betretenes Schweigen folgte den abfälligen Worten. Da tönte plötzlich durch die Stille eine Stimme aus dem Hintergrunde: „Ich male Köpfe, keine Knöpfe!“ Es war die Stimme der kleinen Exzellenz...